

Letzte Nachrichten.

Berlin. In den gestrigen Beratungen der Reichsregierung wurde der entbülligte Text der Antwort an Poincaré festgelegt. Nach dem Morgenblättern erklärt die Note, daß die deutsche Ausgleichszahlung erst am 15. August fällig sei und daß die Folgen, die sich aus der Nichtzahlung Deutschlands ergeben könnten, in dem Abkommen über das Ausgleichsverfahren festgelegt worden sind. Nach diesem Vertrag könne von Seiten der Mächte eine sofortige Kündigung der Abmachungen ausgesprochen werden. Zwangsmaßnahmen für den Fall, daß die deutsche Regierung nicht bis zum 5. August die Zahlung der geforderten Beträge vorgenommen habe, seien aber nicht möglich. Derartige Maßnahmen würden jeder Rechtsgrundlage fehlen. Es wird dann hervorgehoben, daß in der letzten Mitteilung der Reichsregierung an den französischen Minister-Präsidenten über die Ausgleichszahlung einmündig von der Absicht einer gänzlichen Einstellung der deutschen Zahlungen nicht die Rede gewesen sei, sondern nur von der Unmöglichkeit sie in der geforderten Höhe zu leisten. Am Schluß der Note wird dann nochmals auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands hingewiesen und auch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß von der französischen Regierung keine Zwangsmaßnahmen ergreifen werden, bevor nicht die ganze Frage entgültig gemeinsam mit allen Mächten geregelt sei. Die deutsche Note, der eine Abschrift der Antwort Englands und Belgiens auf das deutsche Gesuch um Herabsetzung der Ausgleichszahlung beiliege, ist noch gestern nach Paris abgefordert worden und wird heute mittag der französischen Regierung übergeben werden.

„Fair gegen Deutschland.“

Reparationsdebatte im Unterhaus. Die angekündigte Reparationsdebatte hat in engstirnigen Unterhaus, in der man den Luftstich zu der Londoner Konferenz erblicken kann, wurde vom Schatzkanzler Sir Robert Horne eröffnet, der eine Uebersicht über die verschiedenen bisherigen Stadien der Reparationsfrage gab. Bisher habe Deutschland an Reparationen in bar und in Sachleistungen für 415 Millionen Pfund bezahlt. Hiervon habe England 56 Millionen erhalten, die allerdings fast völlig für die Befahrung der Armee ausgegeben seien. Es herrsche die Ueberszeugung, daß Deutschland zwar beträchtliche Summen für Reparationen bezahlen kann, daß es aber eine Kampagne braucht, um in eine Lage zu kommen, die ihm gestattet, das zu zahlen, was es wirklich zahlen kann.

Der frühere Ministerpräsident Asquith, der nach dem Schatzkanzler zum Worte kam, forderte Herabsetzung der Reparationen auf ein notwendiges Maß. Das Problem erfordere eine schnelle Regelung, andernfalls werde Deutschland mit schnellen Schritten dem Bankrott entgegengehen.

Lloyd George über seine Stellung zu Deutschland.

Hierauf ergriß Lloyd George das Wort. Er erklärte, er sei froh, daß Poincaré nach London komme, um seine Vorschläge der Regierung zu unterbreiten, und er vertraue darauf, daß das Parlament der Regierung gestatten werde, mit freien Händen in die Konferenz zu gehen und ihr Bestes zu tun, um zu einem Abkommen zu gelangen. Lloyd George gab zu, daß die Alliierten, wenn Deutschland zu hart bedrängt würde, möglicherweise nichts erhalten würden, und daß die Gefahr bestünde, daß es zur Verzweiflung getrieben werden könnte und sich dann in die Hände der Reaktionäre oder Kommunisten werfen würde. Aber es würde ein Verstum sein, wegen dieser Gefahr seine gerechten Ansprüche fahren zu lassen, und er wisse auf die gefährlichen Folgen hin, die eine Unterwürfung von Deutschlands Zahlungsfähigkeit mit sich brächte. Wenn wir, so sagte Lloyd George, am Montag auf der Konferenz sind, werden wir uns beide Erwägungen vor Augen halten.

Alles sei zu verlieren, wenn man Deutschland bis zum Herbst treiben werde, England müsse am Montag jeden Vorschlag widerlegen, der nur die Wirkung haben sollte, die kritische Lage in Europa zu verschärfen, ohne etwas für England sichern zu können.

Lloyd George lehnte es ab, daß England an der Konferenz teilnimmt, wenn jedermann die Ansicht geltend macht, die Fragen müßten auf Kosten Englands gelöst werden. Er sei nicht der Ansicht, daß man alle diese Fragen in einer Konferenz am kommenden Montag beilegen werde. Es gäbe zu viele Schwierigkeiten und Komplikationen. Er hoffe, daß alle zusammenmarschieren werden. Man müsse allen vernünftigen Forderungen des vernünftigen Frankreichs nach Möglichkeit entgegenkommen.

„Wir müssen“, so schloß der Premierminister, „Deutschland gegenüber mit Willigkeit (fair) verfahren. Frankreich wollen wir Gerechtigkeit leisten, aber Gerechtigkeit bedeutet auch Gerechtigkeit gegen das eigene Volk.“

Die Verhandlungen mit Bayern.

Graf Lerchenfeld kommt nach Berlin.

Der bayerische Ministerpräsident wird frühestens Montag in Berlin erwartet. Der Reichskanzler hat die Reichsminister Geiger und Feiler, die zurzeit ihren Urlaub in ihrer bayerischen Heimat verbringen, gebeten, an den Verhandlungen in Berlin teilzunehmen.

Vor ihrer Reise nach Berlin werden die beiden Reichsminister Gelegenheit nehmen, den Grafen Lerchenfeld in München zu besuchen.

Inzwischen hat das Bayerische Oberste Landesgericht anlässlich der Beschwerde im Münberger Falle, die Verfassungsmäßigkeit und Rechtsgültigkeit

der dayerischen Verordnung zum Schutze der Republik vom 24. Juli bestätigt.

Eine abschließende Stellungnahme der Reichsregierung zu der Bayernnote liegt noch nicht vor; aber aus der Einladung an den Grafen Lerchenfeld, zu persönlichen Verhandlungen nach Berlin zu kommen, läßt sich schließen, daß der maßvolle Ton des Grafen hier den Eindruck erweckt hat, daß nun der Weg zur Beilegung des Konflikts offensteht. In Kreisen der Reichsregierung ist man der Meinung, daß die bayerische Regierung unter den Sicherungen von denen sie in ihrer Note spricht, eine Verfassungsbestimmung versteht, der zufolge gesetzliche Maßnahmen, die in die Souveränität der Länder eingreifen, oder die eine Abänderung der Verfassung oeceden, nur mit Zustimmung der betreffenden Landesregierung erfolgen dürfen. Eine ähnliche Bestimmung befand sich bereits in der früheren Reichsverfassung. Man hofft, daß eine Verständigung auf der Grundlage erzielt werden wird, daß gegen die Sicherung einer solchen Bestimmung die bayerische Regierung ihre Verordnung vom 24. Juli aufhebt.

Das neue Bayernkabinett.

Graf Lerchenfeld hat den Oberregierungsrat im Justizministerium Dr. Franz Gärtner zum bayerischen Justizminister ernannt. Damit ist der Eintritt des deutschnationalen Partei, bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei in Bayern in die Regierungskoalition und das Kabinett vollzogen.

Mordfache Rathenau.

Das Verfahren gegen Tschow.

Die Verhandlungen in der Mordfache Rathenau sollen nun bald vor dem Staatsgerichtshof stattfinden. Der in der Sache zum besonderen Untersuchungsrichter bestellte Landgerichtsdirektor Menckhoff, in den nächsten Tagen die Akten der Voruntersuchung schließen und das Material dem Staatsgerichtshof zur Erhebung der Anklage übergeben zu können. Es wird sich im wesentlichen darum handeln, ob bei dem einzig Ueberlebenden von den drei Tätern, Tschow, dem Führer des Autos, Mitterschäfer oder Beihilfe zum Mord in Betracht kommt. Weiter wird auch in Erwägung gezogen, ob die Personen, die in der Mordfache teils wegen Begünstigung nach der Tat, teils bei der Vorbereitung beteiligt waren, in Haft behalten werden sollen. Der Kreis der Beteiligten beläuft sich auf ungefähr 15 Personen.

Die Zwei-Millionen-Belohnung.

Auf die mehr als zwei Millionen Mark betragende Belohnung, die auf die Ermittlung der Rathenau-Mörder ausgesetzt war, erhebt jetzt der Korpsdiener einer Studentenverbindung in Berlin-Charlottenburg Anspruch. Nach seinen Beobachtungen fuhr am Tage vor dem Mord vor dem Korpshaus ein Auto vor, das Tschow steuerte, und in dem zwei Personen saßen. Diese luden im Korpshaus zwei Koffer ab, die sie am gleichen Tage wieder abholten. Er hat aber Tschow als Führer bestimmt erkannt, da ihm dessen Person genau bekannt war. Er machte sofort der Polizei Mitteilung, so daß nach seiner Meinung zuerst die Spur auf die Täter gelenkt worden ist und daß er den Hauptanspruch auf die Belohnung habe. Möglicherweise wird es zu einem Klageverfahren kommen.

Von Woche zu Woche.

Handbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Unter den Staatsmännern wird verhandelt, sowohl in Berlin wie in London.

Von den Oberleuten wird gehandelt, d. h. geschätzt in Dollars zu mehr als 800 und in Marknoten zu weniger als einem halben Pfennig.

Und Herr Poincaré, der französische Preisbörger, hat in seinem Ultimatum angekündigt, er werde am 5. August abends anfangen zu handeln, d. h. seine starke Hand gebrauchen, um Deutschland auszupressen.

Unterdessen reisen sich unsere Hausfrauen beim Einhandeln auf dem Wochenmarkt die Haare aus, weil das Wirtschaftsgeld nicht einmal für die halbe Töpf- und Magenfüllung ausreicht.

Wie herrlich steht es mit dem Handel und Wandel in dieser verrenteten und verrückten Welt!

Dabei müssen wir noch dankbar sein, daß die hochmögenden Staatsmänner überhaupt noch verhandeln. Denn das bildet die letzte Möglichkeit für die armeneligen Völker, aus der Not noch mit dem Leben davonzukommen.

Ausgesonderte gibt es schon als eine tröstliche Erleichterung, wenn der häusliche Streit München contra Berlin auf den Weg der Verhandlungen geschoben wird. Die eiserstähligen Bayern wollen mit sich reden lassen, wenn sie für die Zukunft „Garantien“ erhalten, daß ihnen die verbliebenen Reservatrechte nicht stückweise abgeknipst werden. Der sorgenvolle Bürger kann nur sagen: Liebe Landesleute, vertragst euch so oder so! Wir müssen im Innern lappig haben, bis wir aus dem Maßen des Unlappes heraus sind.

Was wird Poincaré an diesem kritischen Sonnabend machen? Er sagt, er habe einen großartigen „Plan“ ausgearbeitet, wolle ihn aber nicht vor seiner Ausführung entzünden. Nach allen Andeutungen will er nicht sogleich den Kriegszug an die Ruhr und nach Berlin hin antreten lassen, sondern deutsches Vermögen so fassen versuchen, das in dem französischen Machtbereich liegt. Das wäre ein schlechter Streich und ein schädlicher Streich, aber noch kein tödlicher Streich. Die Sache ließe sich noch wieder einklinken, wenn die Verhandlungen in London vernünftig verliefen. Wer darüber prophezeien wollte, wäre sehr verwegen; denn das ganze „Problem“ ist so verwickelt und verworren, wie einstens der gordische Knoten. England hat angeteigt, der Frage auf den Grund zu gehen, d. h. mit der Abmessung

der deutschen Tribute zugleich die Regelung der gemeinsamen Kriegsschulden unter den alliierten und assoziierten Mächten zu verbinden. Sehr gut, aber auch schwer gemacht! Denn jeder bestellte Schatzkammer muß sich fragen, ob er nicht lieber die Hände in die Taschen stecken und die deutsche Regierung die Schuld auf sich nehmen lassen, als die deutsche Regierung die Schuld auf sich nehmen lassen, als die deutsche Regierung die Schuld auf sich nehmen lassen.

Und was bleibt uns übrig? Nichts anderes als abwarten. Es geht uns, wie dem armeneligen Bürger, der vielleicht noch am Schafot vorbeikommt, „Vernagung“ zu lebenslänglicher Zwangsarbeit im Zuchthaus.

Was können wir uns inzwischen zum Troste tun? Die Kartoffelecken verfrachten gut zu werden und die Rüben sollen auch gedeihen. Das ist doch etwas Balsam für Menschen und Vieh.

Die Kohlennot der Eisenbahn.

Der Verkehr wird mit Auslandskohlen recht erhalten.

Die Kohlenlage bei der Eisenbahn bietet ein trauriges Bild. Der immer mehr zunehmende Mangel an Kohlen, der sich nach amtlichen Berechnungen besonders im Herbst und im Winter fühlbar machen wird, zwingt — wenn keine andere Hilfe kommt — die Eisenbahnverwaltung zu neuen, unser Wirtschaftsleben schwer bedrohenden Verkehrsersparnissen. Alle Versuche der Eisenbahn, ihren Kohlenvorrat zu erhöhen, sind gescheitert. Am 15. Juli hat der Bestand der Eisenbahndienststellen um rund 750 000 Tonnen betragen, eine Menge, die für etwa sechzehn Tage reicht, während zur selben Zeit 1913 3,5 Millionen Tonnen und 1914 annähernd 4 Millionen Tonnen in den Lagern vorhanden waren. Dabei waren von den 750 000 Tonnen Kohlenbestand ungefähr 500 000 Tonnen ausländische Kohlen, sonst hätte die Eisenbahn am 15. Juli noch nicht sechs Tage gereicht hätte. Dann wäre die Einstellung des gesamten Eisenbahnbetriebes und der Zusammenbruch des Verkehrs besiegelt gewesen.

Die Eisenbahnverwaltung sieht sich gezwungen, ihre Einkäufe in Auslandskohlen weiterhin zu verstärken, um mit einem möglichst hohen Bestand in den Herbstverehr zu gehen. Dabei ergeben sich Schwierigkeiten, die in der begrenzten Aufnahmefähigkeit der deutschen Häfen liegen und besonders verstärkt wurden durch den ungünstigen Markt für längere Zeit fast lahm gelegt hat. Es braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden, wie ungeheurer volkswirtschaftlicher Schaden dadurch verursacht wird, daß die Eisenbahn darauf angewiesen ist, die erheblichen Mehrkosten für ausländische Kohlen wieder durch Tarifierhöhungen hereinzuholen. An ihren Hausplatz im Gleichgewicht zu erhalten.

Die Ernteaussichten.

Nach amtlicher Schätzung ist mit einer nicht unglücklichen Kartoffelernte zu rechnen. Auch die Fruchtenernte wird günstig beurteilt. Bezüglich des Getreides liegen aus einigen Gebieten, besonders aus Schlesien, ungünstige Nachrichten vor. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob nicht unter dem Einfluß günstiger Witterung die Ernte besser ausfällt, als jetzt angenommen wird.

Wiederaufbau Oberschlesiens.

Regierungsmassnahmen zur wirtschaftlichen Gesundung Deutsch-Oberschlesiens.

Um dem bei Deutschland verbliebenen Teil Oberschlesiens wirtschaftlich lebensfähig zu erhalten, plant die preussische Staatsregierung eine Reihe von Massnahmen, über die der preussische Handelsminister Sterner auf einer Konferenz in Gleiwitz vor Vertretern der beruflichen Stellen interessante Mitteilungen machte.

Die Massnahmen, die der Minister in Oberschlesien für notwendig hält, sind u. a. der Ausbau des Verkehrs- und Geschäftswesens, besonders in den Städten Butthen, Gleiwitz, Kreuzburg, Oppeln, Ratibor, Neuhof und Weisse, ferner die Förderung der Berufsausbildung für die männliche und weibliche Jugend, der Ausbau der Gewerbe- und Handwerkschulen, der Ausbau der hauswirtschaftlichen Unterrichts und für die Ausbildung, sowie des kaufmännischen Schulwesens. Ferner ist der Ausbau des Genossenschaftswesens geplant, aus hält der Minister eine Verteilung des preussischen Staates an dem Ausbau der kommunalen Kraftwerkes in Döbeln in Höhe von 50 Millionen Mark für unbedingt erforderlich. Um für die Kohlenförderung der verlorenen Gebiete in Deutsch-Oberschlesien wenigstens teilweise Ersatz zu schaffen, hat die preussische Bergverwaltung in Aussicht genommen, die bestehenden kassierten Schachtanlagen im Laufe der nächsten 6 Jahre für eine Steigerung der Jahresförderung auf 3 800 000 Tonnen, also für eine Million Tonnen mehr, zu erweitern und auszubauen.

Gegen die Milchverfälschung.

Ein Erlass des Volksfahrtsministers.

Der preussische Minister für Volkswohlstand hat gegen die in letzter Zeit häufiger auftretende Verfälschung der Milchverfälschung einen u. a. befristet bekannt gegeben, in dem es u. a. heißt:

Der preussische Landtag hat beschlossen, daß Staatsministerium zu eruchen, die staatlichen Behörden den angewiesenen, der Milchverfälschung der Großstädte die größte Aufmerksamkeit zuwenden, insbesondere durch verstärkte Kontrollen dafür zu sorgen, daß die Milch dem Verbraucher in einwandfreiem Zustande geliefert wird. Einseitlich der übrigen armeneligen Bevölkerung

	4. 8.	3. 8.	1914
100 holländische Gulden	29362	23559	167,—
100 belgische Franken	—	6491	80,—
100 dänische Kronen	16304	18227	112,—
100 schwedische Kronen	10075	22072	112,—
100 schweizerische Lire	—	3765	80,—
1 englisches Pfund	8275	2755	80,—
1 Dollar	761	829	4.20
100 französische Franken	—	6791	20,—
100 österreichische Franken	—	15955	80,—
100 türkische Kronen	1797	2057	—

